



Nr. 17

16. Mai 2025

## Inhalt

Diskussion um Rente

[Silberbach: Absage an Zwangs-Einheitsversicherung](#)

Internationaler Tag der Pflegenden

[Silberbach: Vage Aussagen im Koalitionsvertrag rasch mit Leben füllen](#)

dbb frauen

[19. Frauenpolitische Fachtagung: „Sexismus und Extremismus? Wir stellen uns dagegen!“](#)

dbb frauen

[Kreutz fordert mehr Anlaufstellen für Menschen mit Diskriminierungserfahrung](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

[BBB-Hauptausschuss 2025: Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft](#)

Hamburg

[Gespräch mit Fachsprecher Öffentlicher Dienst der CDU-Bürgerschaftsfraktion](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Zoll am Limit: BDZ warnt vor Überlastung](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Gespräch mit Partnern zu aktuellen Herausforderungen an den Schulen](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Diskussion um Rente

### Silberbach: Absage an Zwangs-Einheitsversicherung

**Den Vorschlag von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas, das selbstständige Versorgungssystem für Beamtinnen und Beamten abzuschaffen, lehnt der dbb ab.**

12. Mai 2025 Beamtinnen & Beamte  
 Bas hatte in einem Interview vorgeschlagen, unter anderem Beamtinnen und Beamte in die Gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Damit würde das eigenständige System der Besoldung und Versorgung zerstört. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach zeigte sich massiv irritiert über die unausgegrenzten Vorschläge, da Expertinnen und Experten diese mehrfach als völlig untauglich eingestuft hatten, um die finanziellen Probleme der Gesetzlichen Rentenversicherung zu lösen.

„Einer Zwangs-Einheitsversicherung erteilen wir eine klare Absage“, sagte Silberbach am 12. Mai 2025. Eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung hätte vielmehr zur Folge, dass die Dienstherren den Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung zusätzlich zu tragen hätten

und zugleich die Bruttobezüge der Beamtinnen und Beamten im Hinblick auf eine Beitragspflicht angehoben werden müssten. Somit wäre eine Systemumstellung insgesamt mit enormen Kosten verbunden. Woher das Geld dafür gerade jetzt kommen soll, sagt Frau Bas nicht.“

Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer wies gegenüber dem ZDF auf die langfristigen Folgen einer Einbeziehung hin. „Wer einzahlt, hat auch Anspruch auf Leistungen. Einem kurzfristigen Gewinn heute stünden also höhere Kosten in Zukunft gegenüber. Das Ergebnis wäre also bestenfalls ein Strohflecken, weder nachhaltig noch generationengerecht. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung ordentliches Handwerk und realistische Lösungen. Solche Debatten wie diese stehen nicht dafür“, erklärte Geyer.

## Internationaler Tag der Pflegenden

### Silberbach: Vage Aussagen im Koalitionsvertrag rasch mit Leben füllen

**Eine Reform der Leistungen und Finanzierung der Pflegeversicherung ist längst überfällig, kritisiert der dbb-Chef und warnt vor unkalkulierbaren Folgen.**

„Wenn die Politik weiterhin nur Lücken stopft, wird uns die Pflegeversicherung zeitnah um die Ohren fliegen“, sagte Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender, am 12. Mai 2025 in Berlin mit Blick auf den Internationalen Tag der Pflegenden. „Das ist keine schöne Zukunftsvision, aber diese Wahrheit gehört ausgesprochen!“

Silberbach verwies auf den demografischen Wandel, dessen Folgen immer sichtbarer werden: 5,7 Millionen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen fühlen sich häufig im Stich gelassen. Insbesondere die Versorgung in den eigenen vier Wänden wird herausfordernder. Und trotz flexiblen Arbeitszeitmodellen hapert es nach wie vor an der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

„Die vom dbb geforderte steuerfinanzierte Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige findet sich leider nicht mehr ausdrücklich im Koalitionsvertrag“, kritisierte Silberbach. „Hier

wird am falschen Ende gespart. Sollte die Angehörigenpflege als wichtigstes Standbein der Pflegeversicherung wegbrechen, stehen wir vor einem unlösbaren Problem.“

Stattdessen wollen die Regierungsparteien eine Alternative prüfen: ein sogenanntes Familienbudget für Alltagshelfer, die Familien mit kleineren oder mittleren Einkommen unterstützen sollen, zum Beispiel bei der Pflege von Angehörigen. Silberbach: „Aus Sicht des dbb ist zwar jede Unterstützung willkommen, dennoch handelt es sich um eine weitere Leistung, die dem Ziel eher entgegensteht, mehr Transparenz und eine einfachere Inanspruchnahme der Pflegeleistungen zu verwirklichen.“ Oberste Ziele müssten eine stärkere Leistungspauschalierung und die Bildung von individuellen Budgets sein, unterstrich der dbb-Chef. Denn: „Zu oft werden Leistungen aus Unkenntnis liegengelassen. Die Versorgungsqualität darf nicht vom Informationsstand abhängen.“

Auch die professionell Pflegenden in stationären Einrichtungen erwarten attraktivere Bedingungen – nicht zuletzt, um den Fachkräftemangel zu kompensieren. Mit dem Pflegeassistenteneinführungsgesetz, dem Pflegekompetenz- und dem Advanced-Practice-Nurse-Gesetz hatte der ehemalige Bundesgesundheitsminis-

ter wichtige Schritte in die Wege geleitet. „Leider konnten die Gesetze aufgrund des Scheiterns der Regierungskoalition nicht mehr in Kraft treten“, sagte Silberbach. „Deshalb ist es erfreulich, dass sich die neue Bundesregierung laut Koalitionsvertrag vorgenommen hat, die Gesetze noch in diesem Jahr auf den Weg zu bringen.“

dbb frauen

## 19. Frauenpolitische Fachtagung: „Sexismus und Extremismus? Wir stellen uns dagegen!“

**Die Bedrohungen für Demokratie und Frauenrechte nehmen zu. Die dbb frauen halten dagegen.**

„Extremismus bedroht nicht nur abstrakt unsere Demokratie, sondern ganz konkret die Lebensrealität und Rechte von Frauen. Es ist ein Angriff auf Autonomie, auf Sichtbarkeit, auf Teilhabe.“, betonte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende auf der 19. Frauenpolitischen Fachtagung am 15. Mai 2025 in Berlin. „Wer Frauenrechte einschränkt, schränkt Grundrechte ein – und bedroht damit das Fundament unserer offenen Gesellschaft“, erklärte Kreutz. Wer etwa in islamistischen Strukturen lebe oder in rechtsextremen Netzwerken aktiv sei, wisse: „Gleichstellung ist dort kein Ziel, sondern ein Feindbild. Das ist Ausdruck eines demokratiefeindlichen Denkens, das Vielfalt nicht als Stärke begreift, sondern als Bedrohung.“ Dieses Denken wolle autoritär zurück in eine Gesellschaft, in der Frauen wissen, wo ihr Platz ist, und Minderheiten am Rand bleiben. Kreutz machte deutlich: „Dem stellen wir uns entgegen. Als dbb. Als Zivilgesellschaft. Als Demokratinnen und Demokraten.“

Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik ergänzte auf der Veranstaltung: „Die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist kein Selbstläufer. Daher werden wir als gewerkschaftliche Spit-

zenorganisation für den öffentlichen Dienst immer unseren Beitrag dazu leisten, dass die freiheitliche Demokratie in unserem Land und in Europa gewahrt und vor Angriffen von innen wie von außen geschützt wird.“ Der dbb Vize berichtete, dass sich die Kolleginnen und Kollegen mit zunehmender Gewaltbereitschaft und wachsender Akzeptanz demokratiefeindlicher Einstellungen konfrontiert sehen. „Spaltungsversuche, Hass und Hetze oder auch Verschwörungstheorien helfen da nicht weiter, sondern schaden vielmehr und schaffen Unsicherheit und Misstrauen. Die Stärkung und Verteidigung von Freiheitsrechten sind ein hohes Gut und das Gebot der Stunde! Die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes tun dies jeden Tag, an jedem Ort!“, betonte Geyer.

Hintergrund:

Die jährliche Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung fand dieses Jahr unter dem Motto „Richtung Zukunft: Frauenrechte stärken und Demokratie bewahren im Kampf gegen Extremismus und Populismus“ in Berlin statt. Gemeinsam mit renommierten Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft wurden die aktuellen Herausforderungen und diskutiert Strategien zur Stärkung von Frauenrechten und demokratischen Strukturen beleuchtet.

dbb frauen

## **Kreutz fordert mehr Anlaufstellen für Menschen mit Diskriminierungserfahrung**

**Bei den Deutsche Antidiskriminierungstagen 2025 am 14. Mai 2025 in Berlin fand die dbb frauen Chefin Milanie Kreutz deutliche Worte.**

„Wir brauchen im öffentlichen Dienst mehr Anlaufstellen für Menschen, die Diskriminierungserfahrungen machen. Und wir müssen die Führungskräfte dafür in die Pflicht nehmen.“ In vielen Bereichen seien bereits positive Entwicklungen sichtbar und spürbar. „Das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind,“ betonte Kreutz. „Jetzt geht es darum, nicht nachzulassen. Wir dbb frauen setzen uns weiterhin für diskriminierungsfreies Arbeiten und Weiterkommen im Arbeitsleben ein.“ Um beispielsweise den Anteil von Frauen in Führungspositionen – welcher in den meisten Bundesbehörden deutlich unter der Hälfte liegt – zu steigern, führen die dbb frauen erfolgreich Projekte wie Führen in Teilzeit durch. „Mentoringprogramme, Vorbilder, Hürdenabbau, Umdenken: All diese Maßnahmen machen diskriminierungsfreie Arbeit möglich. Sie sind Teil einer Erfolgsgeschichte, die wir fortsetzen wollen.“

Anschließend appellierte Kreutz an die Bildungspolitik: „Wir laufen Gefahr, eine ganze Generation zu verlieren, wenn wir nicht endlich barrierefreie und sozial durchlässige Bildung in den Mittelpunkt unseres gesellschaftlichen

Handelns stellen.“ Wer Kinder von Anfang an benachteiligt, etwa weil Mädchen bestimmte Rollenbilder verinnerlichen, der zementiere Ungleichheit von klein auf. „Ungleichheiten in der Bildung schlagen sich langfristig auch in der Erwerbsbiografie nieder“, erklärte Kreutz.

„Wenn mehrere Diskriminierungsdimensionen aufeinandertreffen, potenziert sich das Leid. Die Realität der Betroffenen ist komplexer als unsere Schubladen.“ Bildung sei daher der Schlüssel zu allem: zu Selbstbestimmung, zu beruflichem Erfolg, zu gesellschaftlicher Teilhabe. „Als dbb frauen sagen wir ganz klar: Bildungsgerechtigkeit ist eine Investition in Geschlechtergerechtigkeit – und damit in unsere Zukunft.“

Hintergrund

Die Antidiskriminierungstage werden jedes Jahr von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes veranstaltet. Die Podiumsdiskussion trug den Titel „Woke und wehrhaft – Verwaltungspionier\*innen von heute für den Staat von morgen“ und fand in Zusammenarbeit mit Re:Form statt.

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Bayern

### **BBB-Hauptausschuss 2025: Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft**

**Laut einer vom BBB in Auftrag gegebenen forsa-Umfrage halten 71 Prozent der Befragten den öffentlichen Dienst seinen zahlreichen und vielfältigen Aufgaben nicht gewachsen.**

„Wir müssen alles daransetzen, das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat zurückzugewinnen!“, forderte Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), in seiner Begrüßungsansprache beim Hauptausschuss des Verbands am 14. Mai 2025 in München. „Wir brauchen schlankere Gesetze und Maßnahmen, die Mitarbeiter für den öffentlichen Dienst gewinnen und binden.“

Wie muss der öffentliche Dienst der Zukunft aussehen? Mit diesem Thema befasste sich das zweithöchste Gremium des BBB ebenfalls. Die Auswertung der forsa-Umfrage zeigt ein gespaltenes Bild: Die Berufe im öffentlichen Dienst genießen ein hohes Ansehen, aber an der Handlungsfähigkeit des Staates bestehen angesichts der Vielzahl von Problemen, Aufgaben und Herausforderungen, Zweifel.

Finanzminister Albert Füracker sagte dazu: „Für die Zukunft haben wir zwei Daueraufgaben – und es sind Mammutaufgaben: Digitalisierung und Entbürokratisierung. Volldigitale Prozesse, medienbruchfreie Antragsbearbeitung und verstärkter Einsatz von KI bei gleichzeitiger Entschlackung unserer Vorschriften. Dabei ist klar: Rechtssicherheit muss gewährleistet sein. Aber Entbürokratisierung und totale Einzelfallgerechtigkeit sind auch nicht vereinbar. Wir brauchen wieder mehr Eigenverantwortung und gesunden Menschenverstand.“

„Wir brauchen Planbarkeit und Verlässlichkeit politischer Aussagen“, so Nachtigall. Die aktuelle Diskussion um die Einschränkung der Angebote zur Teilzeit, fehlende Fortkommensmöglichkeiten für weite Teile der Beschäftigten, Stellenmoratorium und Stellenstreichungen ohne klare Konzepte, seien kontraproduktiv. Er schätze es sehr, so verdeutlichte Nachtigall, dass Finanzminister Albert Füracker so sorgsam den Haushalt im Blick behalte. Das sei wichtig für ein stabiles Bayern. Gleichzeitig Sorge er immer wieder für die zeit- und inhalts-gleiche, aber systemkonforme Übernahme der Tarifergebnisse in den Beamtenbereich. Damit setze er ein wichtiges Signal. „Zusätzliches

Geld für die Beschäftigten des ÖD in Bayern ist nicht nur gut investiert, sondern verspricht auch für die Zukunft eine gute Rendite!“, so der BBB-Chef.

Die aktuell von Bundesministerin Bas völlig un-abgestimmt angestoßene Diskussion um die Einbeziehung von Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung bezeichnete Nachtigall als populistisches Manöver, dass die Grundfeste des Berufsbeamtentums angreift. Frau Bas trage damit zur Verunsicherung der Beamtinnen und Beamten und zur Untermauerung bestehender Vorurteile gegenüber der Beamtenschaft bei. Sie leistet damit der weiteren Spaltung Vorschub. Auch der Bayerische Staatsminister der Finanzen und für Heimat betont: „Der Vorschlag der Bundesarbeitsministerin ist nicht nur populistisch und un-abgestimmt mit dem Koalitionspartner, sondern auch finanziell nicht sinnvoll. Im Übrigen zahlen Beamtinnen und Beamte und Pensionisten auch Steuern und stützen damit auch die Rentenkassen. Die Versorgung der bayerischen Beamten ist immer noch eine bayerische Angelegenheit – und Bayern steht klar zum aktuellen System.“

## Hamburg

### Gespräch mit Fachsprecher Öffentlicher Dienst der CDU-Bürgerschaftsfraktion

**Der Vorsitzende des dbb hamburg Thomas Treff ist am 12. Mai 2025 zu einem Arbeitsgespräch mit Stefan Bereuter, dem Fachsprecher Öffentlicher Dienst der CDU-Bürgerschaftsfraktion, zusammengetroffen.**

Treff gratulierte Bereuter zu seiner Wahl in die hamburgische Bürgerschaft und machte deutlich, dass er sich auf die Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren freut, da Bereuter als hamburgischer Polizeibeamter und langjähriger aktiver Gewerkschafter der DPoIG Hamburg die Verwaltung als Insider kennt.

Beide sprachen über aktuelle Themen wie die nach wie vor offene Baustelle der Amtsangemessenen Alimentation. Dort sprachen sich beide für eine Lösung aus, um endlich die mehr als 8.000 Klagen vor dem Verwaltungsgericht Hamburg aus der Welt zu schaffen.

Einigkeit bestand auch darin, den Vorstoß von Bundesarbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas zur Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung

abzulehnen, weil dieses ein untauglicher Versuch sei, die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung zu lösen.

Einen breiten Raum in dem Gespräch nahm das Grundsatzpapier „Öffentlicher Dienst Hamburg 2030“ des dbb hamburg ein. Es gab eine hohe Übereinstimmung, dass in diesem Papier viele Vorschläge und Maßnahmen enthalten sind, um den hamburgischen öffentlichen attraktiver zu gestalten und die Personalbindung- und die gewinnung zu verbessern. Damit würde auch mehr Wertschätzung für die bereits vorhandenen Kolleginnen und Kollegen vermittelt.

Thomas Treff sagte: „Unser gemeinsames Gespräch war sehr konstruktiv. Es wurde schnell deutlich, dass Stefan Bereuter über viel Erfahrung im öffentlichen Dienst/bei der Polizei

Hamburg und in der Gewerkschaftsarbeit verfügt. Wir haben vereinbart, uns regelmäßig gemeinsam auszutauschen, um die Interessen der Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes in der hamburgischen Bürgerschaft

zu platzieren. Ich habe den Eindruck, dass die CDU-Bürgerschaftsfraktion viele Punkte aus unserem Grundsatzprogramm auch in die eigene politische Arbeit mitaufnehmen wird.“

## BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft Zoll am Limit: BDZ warnt vor Überlastung

**Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) schlägt angesichts der verschärften Grenzkontrollen Alarm: Der Zoll ist an seiner Belastungsgrenze angekommen und kann ohne signifikante Personalzuwächse keine zusätzlichen Kräfte zur Unterstützung der Bundespolizei abstellen.**

Nach aktuellen Informationen des BDZ ist ein weiteres Amtshilfeersuchen aus dem Bundesinnenministerium absehbar. Schon jetzt unterstützen rund 500 Zöllnerinnen und Zöllner – auf Grundlage einer Entscheidung des früheren Bundesfinanzministers Lindner – die Bundespolizei, insbesondere an der Ostgrenze. „Der Zoll arbeitet bereits am Limit“, warnte Thomas Liebel, Bundesvorsitzender des BDZ, am 12. Mai 2025. „Die Zahl der Rauschgiftauffriffe steigt, illegale Produktionsstätten für Zigaretten nehmen zu, und Geldwäsche wird immer professioneller organisiert. Wenn der Zoll nun als Allzweckwaffe für die Versäumnisse der Bundesregierung bei der Eindämmung der irregulären Migration herhalten soll, können wir unsere eigentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen.“

Die Gewerkschaft unterstreicht, dass der Zoll klar definierte Aufgabenbereiche hat. Jede weitere Ausweitung der Amtshilfe für die Bundespolizei würde die Kontrolle des Warenverkehrs massiv beeinträchtigen. Ein erheblicher Teil der Zollbeschäftigten bekämpft den grenzüberschreitenden Schmuggel an Flughäfen und

Seehäfen. Rund 2.000 bewaffnete Zöllnerinnen und Zöllner sind hierfür im Einsatz.

Auch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) ist mit ihren bewaffneten Vollzugskräften bereits voll ausgelastet. Liebel kritisierte: „Die neue Bundesregierung hat sich die Bekämpfung von Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und die Durchsetzung des Mindestlohns groß auf die Fahne geschrieben. Gerade jetzt boomt das kriminelle Geschäft. Es wäre widersprüchlich, die FKS-Kräfte davon abzuziehen – das steht im klaren Gegensatz zu den politischen Zielen.“

Die Zollgewerkschaft BDZ fordert die Politik auf, ein Sofortprogramm zur personellen Verstärkung des Zolls auf den Weg zu bringen. Kurzfristig seien 3.000 zusätzliche Kräfte notwendig. Da die Ausbildung von Laufbahnbeamten mehrere Jahre dauert, sollten auch Tarifbeschäftigte eingestellt werden, um schnell für Entlastung im administrativen Bereich zu sorgen.

## Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) Gespräch mit Partnern zu aktuellen Herausforderungen an den Schulen

**Im Rahmen seiner Bundesvorstandssitzung in Dortmund am 12. Mai 2025 hat der VDR den Dialog mit wichtigen Partnern aus der Bildungslandschaft gesucht.**

Zu Gast waren Fabian Schön, Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz (BSK), sowie Aline Sommer-Noack, stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats. Gemeinsam diskutierten man zentrale bildungspolitische Fragen – insbesondere mit Blick auf den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aus

CDU/CSU und SPD sowie die aktuellen Herausforderungen an den Schulen.

Alle Beteiligten betonten die Dringlichkeit eines zügigen Starts des Digitalpakts 2.0. Die bisher bereitgestellten Mittel müssten aufgestockt werden, damit keine Kommune oder kein Landkreis aufgrund mangelnder Eigenmittel

abgehängt werde. Gleichzeitig sieht man im Sondervermögen für Infrastruktur eine große Chance für eine nachhaltige Sanierung der Schulgebäude. VDR-Vorsitzender Ralf Neuschwender unterstrich: „Die Sanierung unserer Schulen ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wenn junge Menschen die Schulden von heute zurückzahlen müssen, sollen sie auch heute von den Investitionen profitieren.“

Ein weiteres Schwerpunktthema war der Umgang mit Smartphones an Schulen. In mehreren Bundesländern wird aktuell über pauschale Verbote diskutiert – eine Herangehensweise, die auf deutliche Kritik stieß. Schön sagte: „Pauschale Verbote sind Symbolpolitik. Stattdessen brauchen wir echte Medienbildung, die Schülerinnen und Schüler befähigt, kompetent und verantwortungsvoll mit digitalen Geräten umzugehen.“ Auch Sommer-Noack vom Bundeselternrat sieht ein Verbot kritisch: „Verbote lösen keine Probleme. Schulen brauchen tragfähige Konzepte und klare Regeln für den sinnvollen Einsatz von Smartphones. Außerdem beginnt digitale Erziehung zu Hause – Eltern müssen mehr Verantwortung übernehmen.“ Der VDR bekräftigt diese Haltung und betont zugleich die Bedeutung einer systematisch verankerten Medienbildung an Schulen. Diese dürfe jedoch nicht als zusätzliche Belastung „on top“ eingeführt werden, sondern müsse Teil eines durchdachten Gesamtkonzepts sein, das Lehrkräfte an anderer Stelle entlastet. VDR-Vorsitzender Ralf Neuschwender macht

deutlich: „Ein pauschales Verbot wird zum Vollzugsproblem für Lehrkräfte. Stattdessen braucht es Konzepte vor Ort – gemeinsam mit Eltern und Schülern. Gleichzeitig müssen Lehrkräfte rechtssichere Handlungsmöglichkeiten erhalten, um auf ungesundes Medienverhalten oder eine missbräuchliche Nutzung bei jungen Menschen gezielt reagieren zu können. Dafür braucht es strukturelle Unterstützung, nicht nur gute Absichten.“

Ein zentrales Thema der Gespräche war die zunehmend belastende psychische Situation vieler Schülerinnen und Schüler – aber auch von Lehrkräften. VDR, BSK und Bundeselternrat machen deutlich: Mentale Gesundheit darf kein Randthema mehr sein. Die Folgen von Pandemie, Personalmangel und wachsender gesellschaftlicher Unsicherheit spiegeln sich längst im Schulalltag wider – von Konzentrationsproblemen über Angststörungen bis hin zu ernsthaften Erschöpfungssymptomen. Schulen allein können diese Herausforderung nicht stemmen. Gefordert wird daher ein umfassendes Maßnahmenpaket: mehr Unterstützung durch sozialpädagogisches und schulpsychologisches Fachpersonal sowie weitere Unterstützungskräfte, zeitgemäße Fortbildungen für Lehrkräfte zur Prävention psychischer Belastungen sowie der Abbau von Bürokratie. Auch finanzielle Mittel für geschützte Rückzugsräume und präventive Angebote wie Entlastungstage oder Projekte zur Resilienzförderung müssten bereitgestellt werden. Ziel müsse sein, so alle Beteiligten, dass Schulen Orte des Lernens und des Wohlbefindens bleiben.

## ***Namen und Nachrichten***

Am 20. Mai 2025 wählen rund 100 Delegierte einen neuen Landesvorsitzenden für den **DBB SAAR**. Der außerordentlichen Landesgewerkschaftstag steht unter dem Motto: „STAAT in die Zukunft“. DBB Saar wählt einen neuen Landesvorsitzenden, da Ewald Linn nach gut 30 Jahren Gewerkschaftsarbeit in den Ruhestand tritt. Ministerpräsidentin Anke Rehlinger wird zu Gast sein und stellt sich den Delegierten.

Die neugewählte Landesleitung des **Thüringer Beamtenbundes (tbb)** traf sich mit den CDU-Fraktionsvorsitzenden Andreas Bühl am 14. Mai 2025 am Rande des Plenums zum Antrittsgespräch. Dabei ging es vor allem um die

angespannte Haushaltslage des Landes und ihre Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst. Seit dem 15. Mai 2025, ab 19:00 Uhr, bis zum 17. Mai 2025, 16:00 Uhr, wird bei der DHL Hub Leipzig GmbH, einer 100-prozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Post, erneut gestreikt. Zu diesem zweiten, dann 45-stündigen Warnstreik hat die Fachgewerkschaft **DPV-KOM** aufgerufen. Dadurch kommt es am DHL-Luffahrtkreuz Leipzig/Halle wieder zu erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Sendungen. Mit dem Warnstreik will die DPVKOM den Druck auf den Arbeitgeber in der laufenden Tarifrunde abermals erhöhen. Die DPVKOM-Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus sagte: „Die Mitarbeitenden am DHL

---

Hub Leipzig brauchen dringend eine Angleichung ihrer Löhne an die ihrer Kollegen im Tarifgebiet West. Es ist eine bodenlose Frechheit, dass sie monatlich bis zu 700 Euro weniger als

ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen erhalten – für die gleiche Tätigkeit wohlgemerkt. Das ist auch eine Frage des Respekts!“

### **Termine:**

2. Juni 2025

#### **dbb Verkehrstag 2025**

„Ausgebremste Wirtschaft, abgehängte Menschen – wie Deutschland wieder in Bewegung kommt“

Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)

---